

DIE GRÜNEN INS RATHAUS

Programm zur Stadtratswahl
am 7.6.2009

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



mit freundlicher Genehmigung von Michel Fries

EINMISCHEN! HIER NATÜRLICH!

INHALT

Grüner Aufbruch in Kaiserslautern	3
Grüne für Kaiserslautern	4
Kinder und Jugendliche: Bildung und Entwicklungschancen ausbauen	5
Ortsbeiräte und Demokratie: Bürgerrechte stärken	6
Antifaschismus: Toleranz und Demokratie fördern	6
UMWELTPOLITIK	
Erneuerbare Energien ausbauen	7
Wasser verantwortungsvoll nutzen	8
Nachhaltige Forstwirtschaft	9
Abfall vermeiden und verwerten	10
VERKEHR	
Fahrrad: Radwegnetz ausbauen	11
Bus und Bahn: Mobilität erhalten	11
Blickpunkt neue Stadtmittle	12
Wohnortnahes Einkaufen begünstigen	13
Vielfältige Kulturszene ermöglichen	14
Kommunalen Arbeitsmarkt unterstützen	15
Airbase Ramstein: Gefahren bekämpfen	16
IG Nord nicht erweitern	17
Finanzpolitik: Generationsgerecht verteilen	18
Wahlliste	19

GRÜNER AUFBRUCH FÜR KAISERSLAUTERN

**Wahlaufruf von Joachim Färber,
Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern**

Ich bitte alle Wählerinnen und Wähler, die die Politik der Fraktion DIE GRÜNEN im Rathaus unterstützen wollen, Ihre 52 Stimmen am Wahltag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geben.

Als Beigeordneter brauche ich Ihre Unterstützung, um eine gute Sozialpolitik, eine zukunftsorientierte Schulpolitik und eine generationengerechte Kinder- und Jugendpolitik gestalten zu können.

Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine ökologische Energiepolitik auch auf kommunaler Ebene umzusetzen, die angewandter Klimaschutz ist und sich ökonomisch rechnet, muss in der kommenden Stadtratsperiode umgesetzt werden. Praktisch heißt dies, dass die TWK und die Gasanstalt zusammenwachsen müssen. Die Fraktion DIE GRÜNEN und ich als Aufsichtsrat der BAU AG haben bisher erfolgreich dafür gekämpft, dass die Interessen der Mieterinnen und Mieter der BAU AG eine wesentliche Rolle in der Geschäftspolitik spielen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass keine Aufgaben, die zur Daseinsvorsorge gehören, privatisiert werden.

Die Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, d.h. das Engagement der Kommune für ihre Einwohnerinnen und Einwohner,

muss im Vordergrund stehen. Privatisierung, Auslagerung von öffentlichen Aufgaben sind mit uns nicht zu machen.

Gesellschaftlich treten wir für größt mögliche Transparenz, Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, mehr Demokratie und mehr Chancengerechtigkeit für unsere Kinder ein.

Unterstützen Sie durch Ihre Stimmabgabe die Kommunalpolitik DER GRÜNEN, vertreten durch die Fraktion und den Beigeordneten.





GRÜNE FÜR KAISERSLAUTERN

Liebe Wählerinnen und Wähler,

Es gab im Jahre 2007 eine vollständige Neubesetzung des Stadtvorstandes. Erhebliche Altlasten erschweren immer noch eine zukunftsweisende Politik. Ein Beispiel ist die Verschuldung der Stadt Kaiserslautern von über 600 Mio. Euro. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind seit Ende 2007 im Stadtvorstand vertreten und nehmen aktiv Einfluss auf die Stadtentwicklung und Lebensqualität. Wir wollen mit allen konstruktiven politischen Kräften im Rat zusammenarbeiten. Kaiserslautern steht vor enormen Aufgaben. Wir wollen sie gemeinsam mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, anpacken. Grün steht für Gerechtigkeit und Transparenz, für ein solidarisches Zusammenleben und für nachhaltige Investitionen in die Zukunft.

Wählen Sie am 07.06.2009
Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Wir brauchen einen grünen Aufbruch. Wir wollen Kaiserslautern nachhaltig entwickeln. Statt kurzfristig und damit kurzfristig zu denken, orientieren wir uns am Prinzip der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit heißt Gerechtigkeit zwischen heute und morgen und Lebensqualität auch für zukünftige Generationen. Leider sind nach-

haltige Energiepolitik, ökologische und Klimaschutzorientierte Investitionen und langfristige Umweltpolitik für andere Parteien immer noch keine Handlungsmaxime. Die Erhaltung der Natur, das Denken an unsere Kinder und an die Generationen nach uns, zeichnet uns GRÜNEN aus. Wir GRÜNEN wissen, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben. Eine lebendige Demokratie braucht das Engagement und die aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger. Wir GRÜNEN werden uns weiterhin für die Wiedereinführung der unter der CDU abgeschafften Ortsbeiräte in der Innenstadt einsetzen. Wir sind die Partei, in der Frauen kein Alibi, sondern entscheidende politische Kraft sind.

Wir stellen sämtliche Politikfelder auf den Prüfstand der Geschlechtergerechtigkeit.

Wir wollen, dass Kaiserslautern eine Stadt der Toleranz, der Kultur, der Wissenschaft und der Ökologie wird. Kurz gesagt, wir treten für ein lebenswertes Kaiserslautern ein. 52 Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - für eine demokratische, ökologische, soziale und gerechte Alternative.

Wählen Sie Bündnis 90/DIE GRÜNEN für Kaiserslautern



KINDER UND JUGENDLICHE: BILDUNG UND ENTWICK- LUNGSCHANCEN AUSBAUEN

Wir wollen Kindern den besten Start in ein erfolgreiches Leben ermöglichen.

Die Investition in die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen lohnt sich für alle.

Die Stadt Kaiserslautern hält in Rheinland-Pfalz die Spitzenposition bei der Betreuung der Zwei- und über Dreijährigen in Kindertagesstätten.

Wir GRÜNEN begrüßen es, dass die Kindertagesstätten mit Unterstützung der Stadt das Angebot für unter Zweijährige verpflichtend ausbauen werden. Kinder können dort gemeinsam soziales Verhalten weiter entwickeln, Startnachteile ausgeglichen und Talente gefördert werden.

Gleichzeitig wird Eltern und Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Gemeinsam mit Unternehmen wollen wir ein Beratungs- und Informationsangebot für mehr Familienfreundlichkeit schaffen.

Kinder mit Migrationshintergrund müssen besser gefördert werden. Gut ausgebildetes Personal soll die Aufgabe von Integrations- und Sprachkräften übernehmen. Ohne Sprachfähigkeit sind Schulerfolge und somit auch spätere Ausbildungsmöglichkeiten begrenzt, diese Menschen fehlen uns zukünftig auf dem Arbeitsmarkt.

Jugendarbeit erfordert bunte Angebote verschiedenster Träger und Kooperationsformen, sowohl innerhalb der Jugendhilfe und zwischen den Trägern, wie auch mit anderen Institutionen zum Beispiel Kindertagesstätten und Schulen.

Jugendliche brauchen Orte und Freiräume, an denen sie Unterstützung, Beratung und Erfah-

rungsmöglichkeiten finden, wenn es Problemen in Schule oder Familie gibt.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendarbeit in all ihren Bereichen gefördert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Freizeitangebote für Jugendliche geschaffen werden, die Kreativität und soziales Verhalten fördern. Das Jugendzentrum muss erhalten und gestärkt werden, auch als Anlaufstelle für hilfebedürftige Jugendliche.

Das Erlernen von demokratischen Grundstrukturen und Wirkungen des persönlichen Engagements führen zu positiven Erfahrungen, dass Demokratie gestaltbar ist und der Einsatz Früchte trägt. Das Jugendparlament soll in seinen Initiativen z.B. dem Arbeitskreis gegen rechts unterstützt werden.

Arbeit ist ein wichtiger Teil der Lebenskonzepte junger Menschen. Wir wollen mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen, das heißt Förderprogramme von Bund, Land und Angebote der Kommune zur Ausbildung und Qualifizierung, aber auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen sollen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Das Ausbildungsplatzangebot in der Stadtverwaltung über Bedarf muss beibehalten werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diesem Beispiel stadtteigene Gesellschaften folgen.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass Netzwerke zwischen den Angeboten der öffentlichen und der freien Jugendhilfe, den Sportvereinen und den Schulen gefördert werden.



ORTSBEIRÄTE UND DEMOKRATIE: BÜRGERRECHTE STÄRKEN

Eine lebendige Demokratie braucht das Engagement und die aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger. Bürgerrechte sind das Fundament der Demokratie. Selbstbestimmung und Demokratie gehören zu unseren Grundwerten.

Für uns war es 2004 wichtig und richtig, den außerparlamentarischen Weg einzuschlagen und gegen das Größenwahnprojekt Pfalzarena zu mobilisieren.

Zusammen mit den anderen Oppositionsparteien haben wir damals erreicht, ein Bürgerbegehren zu starten und die Durchführung eines Bürgerentscheids durchgesetzt.

Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass die Ortsbeiräte in der Innenstadt wieder eingeführt und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden.

Es gibt gerade in der Innenstadt massive Probleme, die zum Teil ganz anderer Art sind als in den Außenbezirken.

Es ist daher dringend notwendig, für die Bürgerinnen und Bürger auch im Innenstadtbereich ein Ansprechgremium zu installieren. Unser Ziel ist es, wieder bürgernahe und demokratische Einrichtungen anzubieten mit Kompetenzausstattung und Entscheidungsbefugnis.

Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass jährlich zu einer Einwohnerversammlung eingeladen wird, wie in der Gemeindeordnung vorgeesehen.

Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen in allen Lebensbereichen der Gesellschaft sind Ziele, denen wir GRÜNE uns verpflichtet fühlen.

ANTIFASCHISMUS: TOLERANZ UND DEMOKRATIE FÖRDERN

Kaiserslautern soll eine offene, demokratische und multikulturelle Stadt sein, die sich ihrer Vergangenheit bewusst ist und sich dieser stellt. Intoleranz, Rassismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Stadt nichts zu suchen.

Der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kommt aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zu. Der Synagogenplatz ist hierfür ein positives Beispiel und zugleich ein Anfang für weitere Aktivitäten.

Wir GRÜNEN fordern die Ausschreibung eines Promotionsstipendiums zur Aufarbeitung der Kaiserslauterer NS-Geschichte. Ziel dieses Projektes soll ein Buch über den Nationalsozialismus in der Stadt Kaiserslautern, über den Prozess der Entnazifizierung und über die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bis heute sein. Wir setzen uns weiterhin für das Projekt eines antifaschistischen Stadtplans ein, der in Zusammenarbeit mit Schulen, demokratischen, antifaschistischen Organisationen, den Kirchen und mit Hilfe von Zeitzeugen endlich erstellt werden soll.

Wir verurteilen aufs Schärfste rechtsextreme Propaganda an Schulen und fordern alle auf, sich diesem Treiben beherzt und engagiert entgegen zu stellen.

UMWELTPOLITIK

Wir GRÜNEN sind Vordenker und Wegbereiter der Umweltpolitik und ihr Anwalt für eine konsequente Umsetzung auch auf kommunaler Ebene.

ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

Wir GRÜNEN wollen das Klima schützen, die Energieversorgung sichern und damit ökologische Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen auf erneuerbare Energien umsteigen, Energiesparen und Energieeffizienz sind dafür unverzichtbare Strategien.

Der Mittelpunkt der Energiepolitik muss der Klimaschutz sein, das wissen wir GRÜNEN nicht erst seit den vermehrten Unwettern, Überschwemmungen und Stürme in der Republik.

Maßnahmen zum Klimaschutz wurden bereits eingeleitet und müssen voran gebracht werden. Auch neue Konzepte müssen durchdacht und weitergeführt werden. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, die Institutionen und Organisationen mit in die Verantwortung nehmen. Hierzu müssen CO² Minderungskonzepte erarbeitet und durchgeführt werden. Ziel soll es sein, den CO² Ausstoß drastisch zu senken. Energieeinsparung, Ausbau der erneuerbaren Energien, intelligente Nutzung der vorhandenen Ressourcen, energieeffizienter Einsatz von Zukunftstechnologien müssen verwirklicht werden.

Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme gehört die Zukunft, denn sie sind unerschöpflich. Wir wollen den Anteil an

fossilen Energien reduzieren und den Anteil an erneuerbaren Energien in Kaiserslautern erhöhen. Wir wollen Bürgersolaranlagen unterstützen.

Die Förderung der erneuerbaren Energien soll nicht nur bei privaten Neubauten gefördert werden, sondern muss auch bei Sanierungsarbeiten und Umbauten für die Bürgerinnen und Bürger nutzbar und bezahlbar gemacht werden. Hierbei haben die Stadt und städtische Energieversorger eine wichtige Vorbildfunktion. Öffentliche Gebäude (Schulen, Krankenhäuser, kommunale Liegenschaften) sollen mit Solar- oder Erdwärme ausgestattet werden.

Es reicht nicht, wie in Kaiserslautern geschehen, Energieagenturen beizutreten oder Klimaschutzbasierte Wirtschaftsstrategie 2020 auf den Weg zu bringen, es kommt darauf an, diese Ziele auch umzusetzen.

WASSER VERANTWORTUNGS- VOLL NUTZEN

Ziel einer verantwortungsvollen Politik muss es sein, Wasser nachhaltig zu nutzen, natürliche Wasserkreisläufe zu beachten und die bestehende Wassergefährdung zu korrigieren. Wasser und Grundwasser sind ein Gemeingut und dessen Gebrauch in unser aller Verantwortung. Wir müssen wieder lernen, verantwortlich mit Wasser umzugehen. Mit der fortschreitenden Versiegelung der Landschaft, aber auch durch die Verringerung des Wasserspeichervermögens landwirtschaftlich intensiv genutzter Böden fließen die Niederschläge zu einem immer größeren Teil an der Erdoberfläche ab. Die Grundwasserneubildung ist stark vermindert, die Hochwassergefahr steigt, der Wasserkreislauf ist gestört.

Diese Problematik ist durch unverantwortliche Politik hausgemacht. Das bestehende Verbundsystem (Wasserzweckverband) betreibt eine Politik des Wasserhandels, der noch ausgeweitet werden soll. Wasser ist keine Ware, sondern eine Lebensgrundlage! Die Wasserversorgungspolitik der TWK muss ökologischer und nachhaltiger ausgestaltet werden. Die TWK muss ihre Politik über Gewinn Gesichtspunkte hinaus auf die Daseinsvorsorge und nachkommende Generationen richten.

Die Verschwendung der Ressource Wasser durch Institutionen (besonders sind hier die Liegenschaften der amerikanischen Streitkräfte zu nennen) steht in krassem Gegensatz zur Zeitspanne der Neubildung von sauberem, klarem Wasser.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern:

- Ständige Überwachung der US-Liegenschaften auf Grundwasserverschmutzung und sofortige Sanierung verseuchter Flächen nach dem Verursacherprinzip (z. B. Tanklager der Air-Base Ramstein sowie Flächen im Osten der Stadt)
- Keine steigende Wasserentnahme aus dem Moosalbtal, dem Karlstal und dem Kolbental
- Eine klare Absage an die Schaffung großräumiger Verbundsysteme und dem Handel mit Wasser als Ware
- Ein Wassersparprogramm, verbunden mit der Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über das „Lebensmittel“ Trinkwasser, seinen sparsamen Gebrauch sowie über die Gefahren der Grundwasserunreinigungen. Hierzu gehört auch die Aufforderung an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, mit Wasser sparsam umzugehen
- Ein Flächenentsiegelungsprogramm, damit Niederschläge wieder dem Naturkreislauf zugeführt werden können, und die Kanalisation entlastet wird
- Kein Bestreuen der Fahrbahnen und Gehwege durch die Kommune und Bürgerinnen und Bürger mit Streusalz im Winter. Das Salz gelangt mit der Zeit ins Grundwasser und trägt zu dessen Verseuchung bei
- Schutzmaßnahmen gegen Überflutung

NACHHALTIGE FORSTWIRTSCHAFT

Der Wald ist ein unverzichtbares natürliches Gut und ein wichtiges, vielfältiges Ökosystem. Unser Wald um Kaiserslautern hat eine herausragende ökologische Funktion für unsere Lebensqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Die Ausgleichsfunktion des Waldes für die Luft- und Bodenbelastung ist unverzichtbar. Die Erholungsfunktion ist ebenso Grundlage für den Tourismus im Pfälzer Wald.

Wir wollen eine ökologische, naturnahe Forstwirtschaft und eine ökologische Zertifizierung des Waldes fördern. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben die Beschlussfassung der von den Umweltverbänden und vom Gemeinde- und Städtebund gemeinsam initiierten Zertifizierung nach den Kriterien des internationalen Forst-Zertifikates FSC (Forest Stewardship Council) in Kaiserslautern unterstützt; wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen. Nachhaltige Forstwirtschaft soll die biologische Vielfalt und die damit verbundenen

Werte, die Wasserressourcen, die Böden sowie einzigartige und empfindliche Ökosysteme und Landschaften erhalten.

Leitbild der angestrebten Wirtschaftswälder sind naturnahe Waldökosysteme (alte Bäume, Baumgruppen und das Belassen von liegendem und stehendem Totholz als Lebensräume für Tiere und Pflanzen).

Wir schätzen die Bedeutung des Waldes als wichtiger ortnaher und Co2-neutraler Rohstofflieferant. Grundlage seiner naturnahen und pfleglichen Nutzung muss die Nachhaltigkeit sein. Die stoffliche und energetische Nutzung des Waldes darf grundsätzlich den Holzzuwachs nicht überschreiten.

Ein weiteres Abholzen der Kranzeichen wollen wir verhindern.

Biozide und Dünger sollen im Wald nicht eingesetzt werden.

Wald als Lebensraum für Tiere muss bei aller Nutzung durch den Menschen ausreichend berücksichtigt werden.





ABFALL VERMEIDEN UND VERWERTEN

Die Zielhierarchie moderner Abfallwirtschaft lautet: Vermeidung vor Verwertung und umweltverträglicher Entsorgung. Die Müllverbrennung als Konzept für die Müllverwertung geht in die falsche Richtung. Müllverbrennung führt zu erheblichen Risiken für die Umwelt, die Gesundheit der Menschen und das Klima.

Wir GRÜNEN sind gegen Müllverbrennungsanlagen. Wir fordern, dass Stadt und Landkreis Kaiserslautern, wie in den Abfallsatzungen festgelegt, die Vermeidung von Abfall als oberstes Ziel festschreiben.

Die Stadt Kaiserslautern wird zu den Kosten für die Abfallverwertung durch den ZAK nicht in dem Verhältnis herangezogen, wie es dem tatsächlichen Abfallaufkommen entspricht. Im ZAK wurde durch das „Bündnis für Lautern“ (CDU, FDP und FWG) in der Verbandsordnung festgeschrieben, dass Stadt und Landkreis Kaiserslautern Verluste bei der Müllbeseitigung je zur Hälfte tragen müssen. Dies belastet die Bürger der Stadt Kaiserslautern, da das Müllaufkommen im Landkreis überwiegt.

Der Millionenskandal, der den ZAK und die beteiligten Kommunen im Jahre 2006 erschütterte, wurde maßgeblich durch das damalige GRÜNE Verbandsversammlungs- und Stadtratsmitglied Dr. Gunter Kocksch aufgedeckt. Die neu eingesetzte Geschäftsführung beim ZAK verspricht eine

baldige Konsolidierung (für 2008 war ein Verlust von 165.000,00 € geplant), wenn man jedoch den Verlust von 2007 sieht (ca. 6,3 Mio. €), klingt dies wenig glaubwürdig.

Wir GRÜNEN werden auch weiterhin in der Verbandsversammlung für eine ökologische Abfallwirtschaft eintreten und die betriebswirtschaftlichen Abläufe kritisch begleiten.

VERKEHR

Wir GRÜNEN wollen umweltgerechte Mobilität fördern und die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr vermindern. Eine ökologische und sozial gerechte Verkehrspolitik ist von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität der in Kaiserslautern wohnenden und arbeitenden Menschen.



FAHRRAD: RADWEGENETZ AUSBAUEN

Die Unterhaltung und der Ausbau des Radwegenetzes in Kaiserslautern sind vollkommen ungenügend.

Wir wollen den Ausbau der Radwege, die teilweise notwendige Verbreiterung von Radwegen, die Lückenschlüsse bei Radwegen auf der Ost-West-Achse und sichere Rad- und Fußwege in der Eisenbahnunterführung an der Trippstadter Straße vorantreiben.

BUS UND BAHN: MOBILITÄT ERHALTEN

Unsere Forderungen, wie die Einführung eines Verkehrsverbundes, die Anpassung des Busfahrplanes an die Fahrzeiten der S-Bahn am Hauptbahnhof, das Park+Ride-Konzept bei FCK-Spielen und die Einführung von Nachtbussen und -zügen, konnten umgesetzt werden. Diese Maßnahmen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die Berufspendelverkehre mit dem Auto in die Innenstadt Kaiserslauterns zu reduzieren.

Deswegen unterstützen wir die zügige Neuanlage von Bahnhaltstellen, P+R Anlagen und Busanbindung in: Hohenecken, Vogelweh, Messeplatz, Mainzer Straße/Hertelsbrunnen und Eselsfürth.

Wir lehnen die weitere Ausdünnung des Fernverkehrs in der Pfalz, und damit auch in Kaiserslautern, kategorisch ab. Wir unterstützen die Planungen für schnelle Di-

rektverbindungen mit RE-Zügen von Kaiserslautern nach Trier über Saarbrücken, Mannheim, Karlsruhe über Landau und nach Mainz.

Wir unterstützen die Planungen zur Verlängerung der S-Bahn über Homburg nach Zweibrücken und auch die Wiederinbetriebnahme der Zellertalbahn, die Direktverbindungen von Kaiserslautern nach Worms ermöglicht.

Diese Maßnahmen werden die Auslastung des Nahverkehrs und damit ihre Wirtschaftlichkeit erhöhen, den Umsteigeknoten Kaiserslautern für den Erhalt des ICE-Haltes sichern und den Autoverkehr zu reduzieren.

Eine nachhaltige Verkehrspolitik beinhaltet für Bündnis 90 / Die Grünen aber auch explizit, den Rückbau, den Abriss und die Entwidmung von Bahntrassen zu verhindern. Dazu gehört zunächst die Erhaltung der Bachbahn nach Weilerbach als Bahnstrecke mit Nutzungsoptionen und der Verlängerung der Eistalbahn von Enkenbach zum Eiswoog. Vorerst ist ein Betrieb von Ausflugszügen vorgesehen. Langfristig streben Bündnis 90 / Die Grünen jedoch die Wiederinbetriebnahme eines regelmäßigen Personenverkehrs an. Auch für den Schienengüterverkehr und zur Erschließung des Industriegebiets Kaiserslautern-Nord ist die Bachbahn von Bedeutung und muss deshalb als Bahnstrecke erhalten werden.



BLICKPUNKT NEUE STADTMITTE: DIE INNENSTADT LEBENSWERTER GESTALTEN

Wir setzen uns für eine Innenstadt ein, die die Interessen von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie des Einzelhandels berücksichtigt und den notwendigen Ausgleich herstellt.

Das Zusammenspiel von attraktiven Geschäften, geeignetem Wohnraum und öffentlichen Bereichen mit hoher Aufenthaltsqualität belebt eine Innenstadt.

Die Grundversorgung der Bevölkerung muss gewährleistet sein, insbesondere mit Blick auf die demographische Entwicklung. Die Zahl der Gesamtbevölkerung wird zurückgehen und die Anzahl der Menschen über 60 wird deutlich steigen.

Die Wohnqualität steht in direktem Zusammenhang zu den Anforderungen an ein stadttökologisches Konzept. Dazu gehören ein Luftreinhalteplan, ein Lärminderungs-

plan, wesentliche Aspekte der Verkehrsplanung und eine Entsiedlungs und Begrünungsplan.

Eine nachhaltige Stadtentwicklung beinhaltet ein Verkehrskonzept für die neue Stadtmittte, das Einkaufsverkehr mit Rad, Bus und – soweit notwendig – Auto ermöglicht und Durchgangsverkehr reduziert.

Auf der Schlosswiese (Platz des alten Pfalztheaters) soll eine öffentlich zugängliche Grünfläche entstehen. Die Planung sollte möglichst den Karstadt-Vorplatz miteinbeziehen mit dem Ziel, diese Bausünde aus den 70er Jahren zu heilen.

Eine Tiefgarage unter dem Platz oder an anderer Stelle in der Innenstadt lehnen wir ab.

Auf dem Dach der Theatertiefgarage soll-

te Gastronomie mit Glasdach und Terrasse eingerichtet werden. Die Stadt soll dafür die planerischen Voraussetzungen schaffen.

Wir GRÜNEN fordern die bauliche Gestaltung des Stiftsplatzes mit einer Markthalle für regionale Produkte (Food und Non-Food) an Stelle der Hotelruine.

Wir haben in unserem Wahlprogramm von 2004 einen verkehrsfreien, begrünten Bereich zwischen Rathaus und Schillerplatz gefordert. Wir begrüßen es, dass die derzeitige Planung der Stadtverwaltung in die gleiche Richtung geht und werden dies unterstützen.

EINZELHANDELSKONZEPTION: WOHNORTNAHES EINKAUFEN BEGÜNSTIGEN

Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, in der Bürgerinnen und Bürgern die notwendige Infrastruktur wie z. B. Lebensmittelgeschäfte vor Ort angeboten werden. Eine Stadt ist ein komplexes, ökonomisches, soziales und kulturelles System. Wir orientieren unsere Entscheidungen zur Stadtentwicklung an den mittel- und langfristigen Folgen und nicht am kurzfristigen erhofften Erfolg.

Das Einzelhandelskonzept von 2001 wurde mit Ausnahme der Fraktion DIE GRÜNEN nie ernst genommen. Durch fragwürdige Gutachten wurden Ansiedlungen legitimiert, die auf unsere gesamte Stadtentwicklung einen negativen Einfluss genommen haben. Es kam zu Verdrängung kleinerer

Geschäfts- und Dienstleistungsbetriebe durch Discounter. Die Folge davon ist eine nicht mehr wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in den Ortsbezirken.

Die katastrophale Ansiedlungspolitik der letzten Jahre war eine Sünde, die man leider nicht mehr rückgängig machen kann.

Wir GRÜNEN begrüßen, dass nun endlich nach 2001 eine neue Einzelhandelskonzeption vorliegt. Das neue Einzelhandelskonzept bedeutet für uns GRÜNE auch, dass es keinen weiteren großflächigen Einzelhandel (Mall), weder auf dem alten Theaterplatz noch auf dem Pfaff-Gelände, geben wird. Wir hoffen, dass diese Konzeption als Grundlage für zukünftige Entscheidungen anerkannt wird.

Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass Kaiserslautern zur Stadt der kurzen Wege wird und dass vieles wieder fußläufig erreicht werden kann.



KULTURPOLITIK: VIELFÄLTIGE KULTURSZENE ERMÖGLICHEN

Wir GRÜNEN unterstützen eine starke und vielfältige Kulturszene und kämpfen für künstlerische Freiheit auch jenseits des Mainstreams. Grüne Kulturpolitik will kulturelle Aktivitäten und künstlerische Betätigung für möglichst viele Menschen ermöglichen.

Kunst kann positiv in den gesellschaftlichen Wandel eingreifen, sie ist ein Spiegel der Zeit, sie übersetzt Veränderungen in ihre eigene Sprache, interpretiert und inszeniert Realität. Kunst und Kultur erhalten Neugier und fördern Vielfalt. Die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir Nachhaltigkeit und Lebensweise verbinden, ist auch eine Frage der Kultur.

Kulturpolitik zählt für uns zur kommunalen Pflichtaufgabe. Kaiserslautern kann stolz darauf sein, ein reiches kulturelles Programm anbieten zu können.

Gezielt wollen wir kulturpädagogische Einrichtungen wie die Musikschule, die Volkshochschule und die Museumspädagogik für Kinder und Jugendliche fördern, aber auch die freie Kulturszene unterstützen.

Historische Orte in unserer Stadt, Denkmäler, Museen und Bibliotheken sind wichtige Orte lebendiger Lernkultur. Diese gilt es zu erhalten.

Die Kammgarn muss endlich mit neuer Technik ausgestattet werden.

Kostenträchtige Prestigeobjekte unter finanzielle Beteiligung der Stadt wie der Bau einer Veranstaltungshalle in der Kaiserslauterer Innenstadt lehnen wir ab.



DER ARBEITSMARKT IN KAISERSLAUTERN: KOMMUNALEN ARBEITSMARKT UNTERSTÜTZEN

Die gerechte Verteilung wichtiger gesellschaftlicher Güter ist Kernbestandteil grüner Politik. Menschen sind auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen, die ohne staatliche Institutionen nicht auskommt.

Arbeitslosigkeit ist ein strukturell verursachter, dauerhafter gesellschaftlicher Zustand. Die fortschreitende soziale Spaltung gefährdet den sozialen Frieden, der längst keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik beeinflussen sich wechselseitig. Die wesentlichen Rahmenbedingungen werden auf Bundesebene festgelegt, leider sind die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten eher gering.

Die einseitige Betrachtung nur aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ignoriert die Bedürfnisse und Fähigkeiten der direkt oder indirekt betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Kaiserslautern. Im Februar 2009 lag die Arbeitslosenquote in der Stadt Kaiserslautern bei 11,2%, 10.368 Menschen erhielten als Teil einer Bedarfsgemeinschaft Arbeitslosengeld II.

Die Akteure der kommunalen Arbeitsmarktpolitik können vor Ort Zielgruppen orientiert,

den Gegebenheiten angepasst und innovativ neue Wege in der Beschäftigungspolitik beschreiten, und zwar viel besser als dies von zentraler Stelle der bundesstaatlichen Ebene zu planen ist.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass Entscheidungsstrukturen über Vermittlung, Beschäftigung, Qualifizierung auf kommunaler Ebene angesiedelt sind. Den Menschen muss eine Perspektive geboten werden, sie dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Kommunale Beschäftigungsförderung bietet nicht „nur“ befristete Arbeit, sondern leistet auch einen Beitrag zur Wertschöpfung in der Region, insbesondere im Bereich weicher Standortfaktoren.

Beispiele wie Pfaff, Keiper und Opel haben schmerzhaft gezeigt, dass Großunternehmen nicht die Arbeitsplätze der Zukunft in Kaiserslautern bieten.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis/Die GRÜNEN forderte, dass in Verbindung mit dem Konjunkturpaket II die Sätze von Arbeitslosengeld II deutlich auf 440 € erhöht werden.

Dies hätte sich auch in Kaiserslautern, in der fast jeder 4. Mensch direkt oder indirekt auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist, positiv ausgewirkt. Dieses Geld wäre direkt wieder dem Wirtschaftskreislauf in der Region zugeführt worden.

AIRBASE RAMSTEIN: GEFAHREN BEKÄMPFEN

GRÜNE Friedenspolitik zielt auf die Beseitigung der vielfältigen Ursachen von Gewalt, Krisen und Konflikten. Der Militärflughafen Ramstein ist Knotenpunkt der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa für militärische Einsätze bei Konflikten im mittleren und nahen Osten. Flüge von und nach Ramstein dienen überwiegend der Versorgung der Kriege im Irak und Afghanistan. Würden die Verfassung und die Völkerrechte respektiert, dann dürften die meisten Flüge nicht stattfinden.

Der Bund und das Land Rheinland-Pfalz finanzieren den Ausbau der US-Stützpunkte mit dem Scheinargument der Arbeitsplätze.

So wird Militär subventioniert und eine Region einseitig ausgerichtet.

Wir GRÜNEN werden uns weiterhin für

eine zivilgeprägte wirtschaftliche Weiterentwicklung der Westpfalz einsetzen.

Viele Mitglieder der GRÜNEN engagieren sich in der Bürgerinitiative LAUTSTARK - Initiative gegen Fluglärm und Umweltverschmutzung und sind Mitglied in der Klärgemeinschaft gegen den Ausbau des Militärflughafens Ramstein.

Durch die Verlegungsmaßnahmen der Airbase Frankfurt nach Ramstein nehmen die Flugverkehrsbelastungen drastisch zu.

Es ist erwiesen, dass eine langfristige starke Fluglärmbelastung Erkrankungen hervorrufen kann. Als Folge erhöhter Verkehrsgeräuschbelastungen, insbesondere nachts, können Herz-Kreislaufkrankungen, Stoffwechselstörungen, Beeinträchtigung des Immunsystems sowie psychische Störungen auftreten. Der Treibstoff JP8 ist hochgiftig, krebserregend und erbgutverändernd.

Wir fordern die Schließung der Luftkampfübungsanlagen Polygone in Bann, Pirmasens und Zweibrücken.

Wir GRÜNE nehmen die Ängste der Bevölkerung ernst, die auf die Gefahren durch noch mehr Flugverkehr hinweisen und ihre Lebensqualität schwinden sehen.



INDUSTRIEGEBIET NORD NICHT ERWEITERN

Wir wollen nicht die berechtigten Interessen von Bürgerinnen und Bürgern für Ansiedlungsflächen opfern. Wir wollen, dass Zusagen durch die Stadt eingehalten werden.

Die Klage ist groß, dass für angebliche Firmenansiedlungen kein geeignetes Gelände in und um Kaiserslautern vorhanden sei. Der Beweis wurde bis heute nicht angetreten. Die Schaffung des IG Nord hat – entgegen den verlautbarten Absichten – kaum zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beigetragen. Es erfolgten hauptsächlich Betriebsverlagerungen und dementsprechend auch Verlagerungen bestehender Arbeitsplätze.

Nun will man das IG Nord erweitern. Im Klartext bedeutet dies, dass das Industriegebiet immer näher an die Wohngebiete heran rückt mit allen daraus resultierenden negativen Folgen: erhöhtes Verkehrs- und Lärmaufkommen, Verminderung der Wohnqualität.

Im ursprünglichen Flächennutzungsplan

war die jetzt für die Erweiterung vorgesehene Fläche als Grünfläche (Ausgleichsfläche) eingeplant. Diese will man jetzt einfach opfern, obwohl die dafür gesetzlich vorgeschriebenen Ersatzflächen nicht gefunden wurden.

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat als einzige das Vorhaben im Stadtrat im September 2008 abgelehnt. Wir fordern dagegen eine Bestandsaufnahme, welche Flächen für Gewerbeansiedlungen potenziell geeignet sind. Außerdem sollte eine Regelung für das „alte“ Pfaff-Gelände gefunden werden.

Bei Bürgerversammlungen im Jahre 1991 vor der Beschlussfassung im Stadtrat, wurde den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, dass mit dem damaligen Zuschnitt das IG Nord abgeschlossen ist. Nun wird versucht, das IG Nord zu erweitern und dies ohne Rücksicht auf die Bewohnerinnen und Bewohner von Siegelbach.

Das werden wir GRÜNEN nicht mittragen. Der Schutz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger hat hier eindeutig Vorrang.



FINANZPOLITIK: GENERATIONSGERECHT VERTEILEN

Die Verschuldung der Stadt nimmt immer weiter zu, und betrug am 31.12.2008 mehr als 600 Millionen Euro. Die Fraktion DIE GRÜNEN wollte durch die Erhöhung der Gewerbesteuer ca. 1,5 bis 2 Millionen Euro Mehreinnahmen erzielen. Alle im Stadtrat haben dies abgelehnt, die SPD hat sich enthalten. Die Ablehnung der Erhöhung ist widersprüchlich, weil bis ins Jahr 2006 der Hebesatz von 405% Punkten gegolten hat und damals erst auf 390%-Punkte abgesenkt wurde, da das Land die Zahlung von Bedarfszuweisungen in Höhe von mehreren Millionen eingestellt hat. Die GRÜNEN lehnen diese „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“-Politik ab. Jegliche Einnahmeverbesserung ist unverzichtbar, rechtlich geboten und auch die Aufsichts- und Genehmigungsbehörde verlangt vehement von der Stadt dieses Handeln.

Die Haushaltssituation betrifft aber nicht nur die heutige Bevölkerung, sondern ist auch ein Vergehen gegen die Generationengerechtigkeit, weil unsere Kinder und Enkel die heutige Verschwendung, die unangemessene Ausgabenpolitik, die hausgemachten Finanzprobleme ausbaden müssen. Sie müssen Zins und Zinseszins für die unverantwortliche Ausgabenpolitik der CDU und SPD in den letzten Jahrzehnten und ihrer bürgerfernen Oberbürgermeister bezahlen.

Wir GRÜNEN fordern eine ehrliche und umfassende Schuldenbilanz und eine solide Finanz- und Haushaltspolitik. Die politische Schwerpunktsetzung in den Ausgaben, soll sozial gerecht, ökologisch ausgewogen und dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtet sein. Es müssen Finanzspielräume für eine soziale, ökologische und generationengerechte Politik geschaffen werden. Das bedeutet, das die demographische Entwicklung und die Möglichkeit des Teil- bzw. vollständigen Abzugs der amerikanischen Streitkräfte berücksichtigt werden müssen.

Es muss eine Haushalts- und Investitionspolitik geschaffen werden, die Kaiserslautern als Wissenschafts- und Innovationsstandort stärkt.

- Listenplatz 1: Gilda Klein-Kocksch, 51, Pharm.-Tech. Assistentin
- Listenplatz 2: Herbert Leyendecker, 54, Diplom-Verwaltungswirt
- Listenplatz 3: Gabriele Schellhammer-Trauth, 48, Geschäftsführerin
- Listenplatz 4: Sabine Leyendecker, 44, Verwaltungsangestellte
- Listenplatz 5: Achim Brötz, 49, Wiss. Angestellter
- Listenplatz 6: Holger Munderloh, 37, Lehrer
- Listenplatz 7: Rainer Kremmling, 57, Rechtsanwalt
- Listenplatz 8: Franz-Josef (Morphy) Burkhardt, 56, Buchhändler
- Listenplatz 9: Michael (Mike) Becker, 56, Gastwirt
- Listenplatz 10: Tom Steinwender, 31, Student
- Listenplatz 11: Klaus Platz, 51, Förster
- Listenplatz 12: Adrian Habib, 23, Student
- Listenplatz 13: Anne Kliem, 21, Auszubildende
- Listenplatz 14: Tobias Zimmermann, 23, Student
- Listenplatz 15: Prof. Dr. Michael Hassemer, 42
- Listenplatz 16: Ann Roth, 22, Schülerin
- Listenplatz 17: Heinz Joachim Roth, 54, Lokführer
- Listenplatz 18: Karl-Hermann Krause, 60, Holztechniker
- Listenplatz 19: Fritz Schwarz, 63, Personalfachkaufmann
- Listenplatz 20: Gert Haase, 53, Lehrer
- Listenplatz 21: Florian Klein, 26, Schüler
- Listenplatz 22: Hans-Werner Kratz, 60, Sozialpädagoge
- Listenplatz 23: Charlotte Roth, 18, Schülerin
- Listenplatz 24: Simson Flaxmeyer, 21, Fachinformatiker
- Listenplatz 25: Johannes Reinhart, 46, Krankenpfleger
- Listenplatz 26: Björn Rosbach, 26, Auszubildender

DIE GRÜNEN INS RATHAUS



Listenplatz 1
Gilda Klein-Kocksch



Listenplatz 2
Herbert Leyendecker



Listenplatz 3
Gabriele Schellhammer-Trauth



Listenplatz 4
Sabine Leyendecker



Listenplatz 5
Achim Brötz



Listenplatz 6
Holger Munderloh

Verantwortlich für den Inhalt:
Bündnis 90/Die Grünen Kaiserslautern
Hasenstr. 6 · 67659 Kaiserslautern
Postfach 1625 · 67605 Kaiserslautern
gruenekl@gmx.de

Besuchen Sie uns im Internet:
www.gruene-kl.de
Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN
Telefon 0631-6 85 00
Telefax 0631-6 89 25